

# ***Bericht aus dem BMWi***

Rede

***Sigmar Gabriel***

*Bundesminister für Wirtschaft und Energie*

Antrittsbesuch beim  
Wissenschaftlichen Beirat beim BMWi

am 3. April 2014

Uhrzeit der Rede: 11:15 Uhr

im K 1

Redezeit: 20 Minuten

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Beginn der Rede!

Inhalt

Begrüßung

Politikberatung durch den Beirat

Bericht aus dem BMWi

- Binnenwirtschaftliche Wachstumskräfte stärken
- Mehr in Infrastruktur investieren
- Fachkräfteoffensive
- Digitale Agenda
- Energiepolitik

Eröffnen der Diskussion

Sehr geehrter Herr Professor

██████████ [Vorsitzender],

sehr geehrte Damen und Herren!

Ich freue mich, Sie heute im BMWi begrüßen und persönlich kennen lernen zu können.

Wie ich höre, haben Sie gerade einen neuen Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Ich möchte die Gelegenheit daher zunächst nutzen, Ihnen, Herr Prof. ██████████, zu Ihrer neuen Funktion im Beirat des Stabilitätsrates zu gratulieren [Prof. Dr. ██████████ ██████████ ist

*Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim; Vorsitzender des Beirats des Stabilitätsrats seit 5. Dezember 2013]* und für die Arbeit hier im Beirat zu danken.

Und natürlich möchte ich dem neuen Stellvertretenden Vorsitzenden zur Wahl gratulieren. *[Öffnung der Wahlumschläge direkt vor Ihrem Besuch; Name wird Ihnen kurzfristig mitgeteilt.]*

Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen!

Zunächst darf ich Ihnen die Mitarbeiter des BMWi vorstellen, die mich heute hier begleiten.

Herr Dr. Zettelmeyer ist neuer Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik und vielen von Ihnen, wie ich gehört habe, aus Wissenschaftskreisen bereits gut bekannt.

Herr Dr. Steinberg ist mein Büroleiter  
und Leiter der Unterabteilung  
Politische Planung.

Herr Pierlings ist mein persönlicher  
Referent. Die Mitarbeiterinnen und  
Mitarbeiter der Abteilung  
Wirtschaftspolitik kennen Sie bereits  
*[Sekretariat des Wissenschaftlichen Beirats im  
Referat IA1].*

### **Politikberatung durch den Beirat**

---

Meine Damen und Herren,  
Seit rund dreieinhalb Monaten bin ich  
nun Bundesminister für Wirtschaft und  
Energie.

Ich habe in dieser Zeit unter anderem gelernt, dass es im BMWi eine große Zahl an Beiräten und Beratungsgremien gibt.

Und das ist im Grundsatz auch gut so, denn erfolgreiche Politik braucht belastbares Wissen und gute Argumente.

Der Wissenschaftliche Beirat sticht unter diesen Gremien als das traditionsreichste Beratungsgremium deutlich heraus *[gegründet 1948, Statut von Ludwig Erhard eingesetzt; berühmte Mitglieder u.a. Professor Dr. Karl Schiller (1948 - 1994) sowie Professor Dr. Alfred Müller-Armack (1948 - 1966)].*

Deswegen möchte ich mich an dieser Stelle erst einmal herzlich für Ihre Arbeit bedanken. Und ich sage ausdrücklich: Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und den Austausch mit Ihnen!

Bei allem Respekt würde ich mir aber bei einem Blick in die Runde dabei wünschen, dass es Ihnen gelingt, künftig insbesondere mehr weibliche Mitglieder zu gewinnen.

Die Bundesregierung wird in naher Zukunft ein Gesetz auf den Weg bringen, mit dem der Anteil von Frauen in führenden Positionen der Wirtschaft erhöht werden soll.

Ich würde mich freuen, wenn Sie sich bei Ihren Neuberufungen an dem vorgeschlagenen Anteil von mindestens 30% Frauen unter den Mitgliedern orientieren, so, wie es die Bundesregierung für das Spitzenmanagement in der Wirtschaft anstrebt.

Ich bin sicher, dass dies eine Bereicherung an Perspektiven und Erfahrungen mit sich bringen wird.

*[ Laut Satzung schlägt der Beirat dem Minister potenzielle Beiratskandidaten vor; über die Vorschläge entscheidet der Beirat per Mehrheitsentscheid. Die Kandidaten werden dann vom Minister berufen und abberufen.]*



Meine Damen und Herren,  
Die Politikberatung ist ein schwieriges  
Geschäft – besonders in den  
Wirtschafts- und Sozialwissen-  
schaften. Die Kluft zwischen Theorie  
und Praxis ist oft groß.

Und nicht zu unterschätzen ist auch  
die Kluft zwischen den Logiken von  
Politik und Wissenschaft. Die ist nicht  
klein, wie sie sicher in den letzten  
Jahren mit verschiedenen Ministern  
erfahren haben.

Ich bin davon überzeugt, dass sich die wissenschaftliche Politikberatung entscheiden muss, ob sie ihre Vorschläge als Anregung für eine öffentliche Debatte versteht - das ist ihr gutes Recht - oder ob sie in den politischen Prozess eingreifen will.

Wählen Sie diesen Weg, dann ist der Ausgangspunkt das, was Politik möglich ist. Sonst können die Beraternen wenig mit den Ratschlägen anfangen.

Denn die Politiker müssen sich gegenüber den Wählern verantworten. Sie sind nicht allein der veröffentlichten Meinung gegenüber verantwortlich.

Ich weiß: Das wird oft als Opportunismus gebrandmarkt, hat sich in meinen Augen aber grundsätzlich bewehrt.

Und wenn ich mir die Wahlen der letzten eineinhalb Jahrzehnte anschau, dann erkenne ich ein großes Misstrauen der Wählerinnen und Wähler gegenüber all den Ratschlägen, die von Expertenseite als alternativlos verkauft worden sind. Von einem grundsätzlichen Systemumbau im Sozialstaat oder weitreichenden Rentenplänen hielten unsere Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich nicht viel. Das kann ich als Politiker nicht ignorieren.

In Deutschland ist es in den letzten Jahren in Mode gekommen, nur schmerzhaft politische Medizin für gute Medizin zu halten. Nur mutige, weil unpopuläre Politik wird als gute Politik gesehen.

Man kann das so sehen. Aber es gibt nach der großen Finanzkrise, die kein Experte so vorhergesagt hat, und nach dem Scheitern all jener gut gestützter Vorhersagen vom Ende der Industrie gute Gründe für mehr Demut.

Viele Experten haben sich geirrt, und vieles, was in demokratischen Wahlen immer wieder gegen alle Expertenmeinungen bestätigt worden ist, hat sich als langfristig richtig erwiesen.

Vor allem anderen gilt das für den spezifischen deutsche Weg der konsensuellen und an Sicherheit orientierten Sozialen Marktwirtschaft.

Viele Kritik, die aus dem Blickwinkel eines anglo-amerikanischen Wirtschaftsmodell heraus formuliert worden ist, hat heute jedenfalls keinen Bestand mehr.

## **Bericht aus dem BMWi**

---

Sehr geehrte Damen und Herren,  
das BMWi will dazu beitragen,  
Brücken zu bauen. Nicht nur zwischen  
Gesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft  
und Politik. Sondern etwa auch  
zwischen Industrie und Ökologie,  
zwischen Markt und Staat oder  
zwischen Gerechtigkeit und  
Wettbewerb.

Das dürfen aus meiner Sicht keine  
Gegensätze sein.

Lassen Sie mich dies ganz konkret anhand einiger Themen darstellen, an denen wir im BMWi derzeit arbeiten – denn nicht umsonst steht meine Einführung unter dem Stichwort „Bericht aus dem BMWi“.

Dem schicke ich ein Bekenntnis voraus. Ich bin – es wird den einen oder anderen überraschen – in manchen Dingen ein Konservativer. Das gilt besonders, wenn es um unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung geht, genauer gesagt: Um unsere Soziale Marktwirtschaft.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Soziale Marktwirtschaft seit Jahrzehnten das Erfolgsmodell für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes ist.

Diese Soziale Marktwirtschaft zu erneuern, mit neuem Leben zu füllen: Das ist mein Ziel für die laufende Legislaturperiode.

Am 14. Februar hat die Bundesregierung den ersten Jahreswirtschaftsbericht der neuen Legislaturperiode verabschiedet. Er trägt den Titel „Soziale Marktwirtschaft heute“.



Der Bericht zeigt zum einen: Die deutsche Wirtschaft befindet sich auf einem soliden Wachstumskurs. Auch die Beschäftigung nimmt weiter zu.

Zum anderen haben wir im Bericht aber auch herausgestellt, dass diese gute Entwicklung kein Selbstläufer ist. Deutschland steht weiter vor großen Herausforderungen.

### **Binnenwirtschaftliche Wachstumskräfte stärken**

---

Das gilt vor allem für die binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte und besonders für die Investitionen.

Die Binnennachfrage in Deutschland hat sich in der Vergangenheit schwach entwickelt. Eines der wichtigsten Ziele der Bundesregierung ist deshalb, die Binnenwirtschaft zu stärken.

Damit tragen wir auch zum Abbau der Ungleichgewichte in Europa bei. So wollen wir mehr Menschen am Aufschwung beteiligen und ihnen neue Chancen bieten – auf Arbeit, auf faire Einkommen, auf mehr Teilhabe und eine gute Altersversorgung.

Der Mindestlohn von 8,50 Euro brutto pro Stunde ab dem 1. Januar 2015 wird uns dabei einen guten Schritt voranbringen.

Ich freue mich außerdem, dass wir beim Rentenpaket bereits Lösungen gefunden und diese Ende Januar im Kabinett beschlossen haben.

Wir stecken mehr Geld in Pflege und Rente: All dies stärkt das Soziale in unserer Marktwirtschaft.

### **Mehr in Infrastruktur investieren**

---

Darüber hinaus bin ich überzeugt: Deutschland braucht dringend neue Investitionen, nicht zuletzt in Verkehrswege und andere Netze.

Die vergleichsweise geringe Investitionsquote Deutschlands ist eine Achillesferse der deutschen Wirtschaft. Denn mangelnde öffentliche Investitionen sind ein Hemmnis für private Investitionen.

Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, den Anteil der Investitionen am Bruttoinlandsprodukt mindestens auf den OECD-Durchschnitt zu erhöhen *[20 Prozent]*.

Allein für dringend notwendige Investitionen in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur wird die Bundesregierung in den nächsten vier Jahren insgesamt 5 Milliarden Euro zusätzlich bereitstellen.

Es geht bei den öffentlichen Investitionen aber auch darum, die Kommunen finanziell zu entlasten. Denn rund die Hälfte der öffentlichen Investitionen tätigen die Städte und Gemeinden *[2012: 51 %]*.

Mir ist zugleich klar: Die erhöhten öffentlichen Investitionen reichen allein nicht aus, um unser Investitionsziel zu erreichen *[mehr als 90 Prozent sind private Investitionen]*.

Ich verstehe diese öffentlichen Investitionen als wichtigen Beitrag zur Mobilisierung privater Aktivitäten.

Vor allem Unternehmerinnen und Unternehmer sind gefragt.

Die Vorzeichen stehen günstig: Die Unternehmensinvestitionen haben im vergangenen Jahr die Trendwende geschafft, nachdem sie über 1 ½ Jahre in Folge zurückgegangen waren. Für das Jahr 2014 erwarten wir einen spürbaren Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen.

Weiter investieren werden die Unternehmen in Deutschland aber nur, wenn wir ein wettbewerbsfähiger Wirtschafts- und Industriestandort bleiben.

Wir werden deshalb alles daran setzen, diese Entwicklung durch gute Rahmenbedingungen zu stärken. Wir werden private Investitionen durch neue Akzente im Forschungs- und Bildungsbereich erleichtern.

So werden wir u.a. die Hightech-Strategie zu einer umfassenden Innovationsstrategie weiterentwickeln.

Die Bundesregierung wird zudem die Investitionen in Breitbandnetze vorantreiben und eine Digitale Agenda 2014-2017 auf den Weg bringen.

## **Fachkräfteoffensive**

---

Zu den guten Rahmenbedingungen gehört insbesondere auch, dass wir Bildung und Ausbildung stärker in den Mittelpunkt rücken.

Der demografische Wandel führt bereits heute in vielen Berufen und Regionen zu einem steigenden Fachkräftemangel.

Dieser Fachkräftemangel darf nicht zu einer Investitionsbremse werden.



Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, dass wir zugunsten von Kitas, Schulen und Hochschulen zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 6 Mrd. Euro vorgesehen haben.

Darüber hinaus wird die Fachkräfte-Offensive der Bundesregierung [von BMWi, BMAS und BA] mit Nachdruck fortgesetzt [*Informations- und Mobilisierungskampagne*].

## **Digitale Agenda**

---

Neue Wachstumschancen mit großen Möglichkeiten für Effizienz- und Leistungssteigerungen bieten sich außerdem durch die Digitalisierung.

Sie verändert Wirtschaft und Gesellschaft mit bisher ungeahntem Tempo.

Im Bundeswirtschaftsministerium wollen wir deshalb:

- die Digitalisierung der Wirtschaft (Industrie 4.0) unterstützen,
- die systematische Digitalisierung und Vernetzung in den Sektoren Energie, Gesundheit, Bildung, Verkehr und Verwaltung vorantreiben,
- ein hohes IT-Sicherheitsniveaus in der Wirtschaft gewährleisten,
- junge Unternehmen und den Mittelstand unterstützen sowie

- vielversprechende Technologien wie Cloud Computing und Big Data fördern.

Die weitere Digitalisierung ist notwendig, um unser Industrieland zu modernisieren und wettbewerbsfähig zu halten, und Wachstum und Beschäftigung zu schaffen.

### **Energiepolitik**

Die Energiewende ist auf absehbare Zeit eines der wichtigsten wirtschaftspolitischen Projekte in Deutschland und beinhaltet einen gewaltigen Transformationsprozess

*[Stromerzeugung soll von heute von heute rund 80 % konventionell auf mindestens 80% erneuerbare Energien im Jahr 2050 umgestellt werden.]*

Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt bei der weiteren Umsetzung der Energiewende im Blick behalten: Nur wenn Deutschland ein wettbewerbsfähiger Wirtschafts- und Industriestandort bleibt, kann die Energiewende zu einem – auch aus ökonomischer Sicht nachhaltigen – Erfolgsprojekt werden.

Die Erneuerbaren Energien müssen in den *Energiemarkt* und in das *Energieversorgungssystem* integriert werden.

Wenn wir jetzt nicht die notwendigen Reformen ergreifen, riskieren wir mittel- und langfristig:

- die Attraktivität des Industriestandorts Deutschlands,
- die Vorbildfunktion für eine Energiewende weltweit
- und nicht zuletzt die Akzeptanz durch die Bürger.

Der Erfolg der Energiewende wird – sowohl im Inland als auch im Ausland – daran gemessen, ob es uns gelingt, den Umbau unserer Energieversorgung kosteneffizient zu optimieren.

Ich glaube, dass wir das schaffen können.

Die dafür notwendigen Schritte kann ich hier nur ganz kurz anreißen:

Prioritäres Vorhaben ist angesichts der zuletzt deutlich gestiegenen Belastungen von derzeit fast 24 Mrd. Euro [EEG-Umlage] die EEG-Reform.

Wir werden am 8. April den Regierungsentwurf der EEG-Novelle im Kabinett beschließen.

Um das EEG jetzt zukunftsfähig zu machen,

- definieren wir einen verlässlichen Ausbaukorridor für die Erneuerbaren Energien.
- erhöhen wir die Kosteneffizienz im EEG, indem wir uns auf die kostengünstigsten Technologien konzentrieren

- integrieren wir die Erneuerbaren in den Markt, indem wir die Direktvermarktung verpflichtend machen.
- müssen wir die Kosten der Erneuerbaren-Förderung breiter verteilen.

*[Reform Besondere Ausgleichsregelung und Eigenstromerzeugung. Bei letzterem Punkt Ausgestaltung derzeit streitig.]*

Das nächste zentrale Projekt nach der EEG-Reform ist die Frage nach dem künftigen Strommarktdesign, mit der sich ja auch der Beirat beschäftigt hat.

*[Der Beirat hatte im Jahr 2013 ein Gutachten zur Versorgungssicherheit vorgelegt und darin vorsichtig die Einführung eines Kapazitätsmarktes empfohlen.]*

Wir werden noch in diesem Halbjahr in die Diskussion über das künftige Strommarktdesign und die Frage nach Kapazitätsmechanismen einsteigen.

Dabei darf es keine schnelle und einfache Antwort geben. Wir wollen kein zusätzliches System von Subventionen, sondern langfristige Versorgungssicherheit, und das möglichst kosteneffizient. .

Weitere Schwerpunkte der Umsetzung der Energiewende liegen im Bereich des Netzausbaus, der Steigerung der Energieeffizienz, der Europäisierung und der Förderung der Energieforschung.



Ich bin überzeugt, dass uns eine erfolgreiche Energiewende nicht nur international Anerkennung, sondern langfristig auch klare Vorteile bringt, ökologisch und ökonomisch.

### **Eröffnen der Diskussion**

---

Sehr geehrte Damen und Herren, meine Ausführungen beinhalteten nur einen kleinen Teil der aktuellen Arbeitsschwerpunkte des BMWi.

Ich weiß, dass Sie sich unter anderem seit längerem auch mit Fragen der europäischen Stabilität, der Finanzmärkte und der Bankenunion beschäftigen.

Auch das Thema Finanzföderalismus und Regionalpolitik, über das Sie in den vergangenen Sitzungen gesprochen haben, wird in naher Zukunft noch stärker auf der BMWi-Tagesordnung stehen.

Ich wünsche mir eine fruchtbare Zusammenarbeit mit Ihnen. Nicht umsonst sind hier die meisten der wichtigen Köpfe der Wirtschaftswissenschaften versammelt.

Wenn der Wissenschaftliche Beirat weiblicher und internationaler im Zuschnitt wird, würde ich das begrüßen.

Was ich mir vor allem wünsche ist Ihre Unterstützung in der neben der Energiepolitik wichtigsten ökonomischen Zukunftsfrage unseres Landes. Das ist der zunehmende Fachkräftebedarf in einer digitalisierten Industrie.

Heute sprechen viele von der vierten industriellen Revolution. Ich frage mich, ob wir unsere Fachkräfte so ausbilden, dass sie den Anforderungen dieser neuen Industrie gewachsen sind.

Ich frage mich: Bilden wir genügend Menschen für diese neue Form des Produzierens und Entwickelns aus? Welche Inhalte spielen dafür eine Rolle, welche Institutionen könnten helfen, unseren wachsenden Fachkräftebedarf auf diesem wichtigen Feld der Industrie 4.0 decken können.

Wenn ich mir etwas von Ihnen wünschen darf, dann ist es Rat in diesen Fragen!

Ich freue mich jetzt auf die Diskussion mit Ihnen.